

II-2954 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 22. Okt. 1969

No. 1427/7

A n f r a g e

der Abgeordneten **P e t e r**, **Z e i l l i n g e r** und Genossen
an den Herrn Bundesminister für Unterricht,
betreffend Verzögerung des geregelten Schulbetriebes durch provisori-
sche Stundenpläne.

Der Beginn des neuen Schuljahres stand im Zeichen
schmerzlicher Zeitverluste, die sich durch zahlreiche Schwierigkeiten
bei der Erstellung der Stundenpläne ergeben haben. Das schwerfällige
Anlaufen des geregelten Schulbetriebes infolge eines mehrwöchigen
Operierens mit provisorischen Stundenplänen geht - abgesehen vom
herrschenden Mangel an Lehrern und Schulraum - nicht zuletzt auf
die späte Zuweisung der zur Verfügung stehenden Lehrkräfte zurück.
Das derzeitige Verfahren der Lehrerzuteilung ist so schleppend, daß
die Schuldirektionen auch in diesem Jahr den für die Stundenplan-
erstellung notwendigen personellen Überblick erst zu Schulbeginn be-
saßen.

Besonders kraß, aber durchaus kennzeichnend für das,
was Schülern und Eltern während der ersten Wochen des angelaufenen
Schuljahres zugemutet wurde, ist der Fall einer niederösterreichischen
Volksschule, in welcher sich die Unterrichtszeit für die Schulkinder der
4. Klasse einmal von 10 bis 14 Uhr und ein andermal von 12 bis 16
Uhr erstreckte.

Angesichts dieser Zustände richten die unterzeichneten Ab-
geordneten an den Herrn Bundesminister für Unterricht die

A n f r a g e :

- 1) Warum konnte keine Vorsorge für eine zeitgerechte Zuteilung der
Lehrkräfte getroffen werden?
- 2) An wieviel Schulen mußte im Zuge des Stundenplanprovisoriums am
Beginn des Schuljahres 1969/70 der Unterricht einzelner Klassen
ganz oder teilweise auf den Nachmittag verlegt werden?
- 3) Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um eine zeitgerechte Lehrer-
zuteilung in Zukunft sicherzustellen?
- 4) Welche sonstigen organisatorischen Vorkehrungen sind beabsichtigt, um
eine rasche Erstellung der Stundenpläne und damit ein reibungsloses
Anlaufen des Schuljahres künftig zu gewährleisten?

Wien, 22. Oktober 1969